

Religion in der laizistischen Türkei Raschere Lösung offener Fragen durch EU-Beitrittsverhandlungen?

Für einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union plädierte der Direktor des St. Georgs-Kollegs in Istanbul, P. Mag. Franz Kangler CM, am 3. Juni 2005 beim 52. Ökumenischen Symposium der Stiftung Pro Oriente an der Universität Graz. Kangler, der seit 28 Jahren in der Türkei lebt und als katholischer Priester in einer säkularen Position tätig ist, sprach auf Einladung der Stiftung Pro Oriente - Sektion Graz zum Thema „Religion in der laizistischen Türkei“ und ging der Frage der Religions- und Bekenntnisfreiheit in diesem überwiegend muslimischen Land nach.

Im Bewusstsein, dass viele von Europäern kritisierte Einschränkungen und Schwierigkeiten in seiner „zweiten Heimat“ zutreffend sind, warnte er doch vor Klischeebildern und plädierte für eine Sicht der Gesamtsituation, um den tatsächlichen Gegebenheiten besser gerecht werden zu können. Für die Lösung der offenen Fragen und Probleme, die er sich „in längerfristiger Zukunft“ erhofft, könnte die Chance auf den EU-Beitritt durchaus hilfreich sein, so die Überzeugung Kanglers.

Wie der Referent ausführte, ist die Türkei in der heute gültigen Verfassung als „laizistischer und sozialer Rechtsstaat“ definiert, in dem die „Freiheit des Gewissens und des religiösen Glaubens bzw. der religiösen Überzeugungen“ festgeschrieben ist. Dass Missbrauch und Ausbeutung religiöser Gefühle verboten sind und dem Staat die Ermächtigung zur Kontrolle religiöser Rechte und Freiheiten zuerkannt ist, damit er als Beschützer der öffentlichen Ordnung und Rechte auftreten kann, sieht Kangler als „bedenkenswerten Ansatz“ im Blick auf die oft religiös motivierten Konflikte in Europa.

Einschränkend stellt er fest, dass viele innerislamische Fragen, vor allem aber auch die Rolle der christlichen Kirchen ungeklärt seien. (Die Christen stellen in der Türkei einen Anteil von einem Promille - ca. 100.000 bei nahezu 70 Millionen

Einwohnern - wobei die armenisch-apostolische Kirche mit 65.000 Gläubigen die größte Gruppe ausmacht. Die römisch-katholische Kirche hat ca. 15.000 Mitglieder und spiegelt die Weltkirche wieder – zur Zeit werden in ihr sieben Sprachen gesprochen.)

Das Hauptproblem der christlichen Kirchen bestünde vor allem im Fehlen einer eigenen Rechtspersönlichkeit, woraus sich rechtliche und praktische Probleme in Bezug auf Ämter, Eigentumsrechte, die Ausbildung des Klerus, die Errichtung von Gebetsstätten etc. ergeben. Da die Schaffung einer solchen Rechtspersönlichkeit Auswirkungen auf islamische Organisationen und Institutionen hätte, sei diese Forderung der Kirchen für den türkischen Staat „gleichsam eine Pandorabüchse, die er auf keinen Fall öffnen will,“ so der Referent.

Das Laizismusprinzip der Türkei unterscheide sich wesentlich von den europäischen Konzepten, erläuterte Kangler, denn in keinem Land der EU habe die Trennung von Staat und Kirche die Nichtanerkennung religiöser Einrichtungen als juristische Person bzw. ihrer erworbenen Rechte zur Folge. Gerade deshalb setzten sie Kirchen der Türkei große Hoffnungen in den EU-Beitritt.

Überzeugt von der Wandlungsfähigkeit der Türkei und getragen von der Hoffnung, dass der Staat die begonnenen Reformschritte weiterführen und theoretische Reformen auch tatsächlich umsetzen wird, spricht sich auch der Direktor des St. Georgs-Kollegs deutlich für eine zukünftige EU-Mitgliedschaft der Türkei aus.

Pressestelle der Diözese Graz-Seckau vom 07.06.2005

Der Wortlaut des Vortrages findet sich auf der Homepage von Pro Oriente:

<http://www.pro-oriente.at/dokumente/vortrag/Kangler2005.doc>